

Liebe Leserinnen und Leser,



mit der 15. Auflage meines Abgeordnetenbriefes möchte ich Sie und Euch kurz vor den Sommerferien erneut über Schwerpunkte meiner Arbeit als Abgeordneter informieren. Wie in den vorherigen Briefen gibt es wieder Informationen zu meinen Veranstaltungen und Aktivitäten vor Ort, über meine Tätigkeit als finanz- und vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und über wichtige Themen der Landespolitik.

Seit meinem letzten Abgeordnetenbrief zum Jahresende 2014 ist wieder viel passiert und wir können auf gelungene Veranstaltungen wie die Informationsfahrt in den Bayerischen Landtag sowie auf tolle Fachgespräche und Empfänge in den Landkreisen Würzburg und Kitzingen zurückblicken. Dabei waren Persönlichkeiten wie meine bayerischen Landtagskollegen Angelika Weikert und Harald Güller zu Gast. Bei ihnen möchte ich mich nochmals für ihre Unterstützung bedanken.

Es freut mich, dass ich mich in den letzten Monaten wieder intensiv für die Belange der Region einsetzen konnte. Ich danke meinen LandtagskollegInnen Georg Rosenthal (Würzburg), Martina Fehlner (Aschaffenburg) und Kathi Petersen (Schweinfurt) für die partnerschaftliche und gute Zusammenarbeit.

Erstmals in dieser Ausgabe: Gastkommentare unserer MdB's Bernd Rützel und Sabine Dittmar.

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde, ich wünsche Ihnen und Euch schöne Ferien und einen erholsamen Urlaub, wo auch immer Sie/Ihr diesen verbringen werdet. Es wäre schön, wenn wir uns bei nächster Gelegenheit gesund und munter wieder sehen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr und Euer



Volkmar Halbleib, MdL
Abgeordneter für den Landkreis Würzburg, Betreuungsabgeordneter für den Landkreis Kitzingen

Inhaltsübersicht:	Veranstaltungen im Rückblick	Seite 2
	Aktivitäten vor Ort	Seite 5
	Einsatz für die Region	Seite 9
	Meine Aufgaben in München	Seite 16
	Aktuelles aus der Landespolitik	Seite 19
	Gastbeiträge unserer Bundestagsabgeordneten	Seite 22

Veranstaltungen im Rückblick – Eine Auswahl

Empfang der SPD in Iphofen



Nach dem Empfang in Iphofen stellten sich mit mir zum Gruppenbild: Landrätin Tamara Bischof, ihr Stellvertreter Robert Finster, die fränkische Weinkönigin Christin Ungemach, MdB Bernd Rützel, MdB Sabine Dittmar und SPD-Kreisvorsitzender Heinz Galuschka (v.l.)

Beim Empfang der SPD in Iphofen konnte ich viele Gäste aus der Politik, aus der Wirtschaft und aus Verbänden und Organisationen begrüßen. In meiner Begrüßungsrede forderte ich klare Kante gegenüber rechten Parolen und mehr Unterstützung für die Region beim Thema Konversion.

Festredner Thomas Jung, der Oberbürgermeister von Fürth, begeisterte die vielen Zuhörer mit seiner Rede. Er forderte dazu auf, nicht nur immer Wünsche zu äußern, sondern auch einmal darüber nachzudenken, was gut läuft. Er nannte die geringe Jugendarbeitslosigkeit und die Einführung des Mindestlohns. In Südeuropa sei gerade die Jugendarbeitslosigkeit besonders dramatisch. Das könne auch uns auf Dauer nicht egal sein. Er sprach auch die ungleichen Verhältnisse im eigenen Land an, zum Beispiel bei der Verschuldung der Kommunen. Im Ruhrgebiet sei die Lage besonders prekär. In Sachen TTIP sei aus seiner Sicht vieles nicht verhandelbar, vieles sei auch unverzichtbar, dennoch werde das Freihandelsabkommen gebraucht, denn die regionalen Wirtschaftskreisläufe alleine könnten unseren Wohlstand nicht erhalten. Jung warb auch dafür, den Blick auf die Nöte Anderer zu schärfen warb und damit auch für eine Willkommenskultur im Hinblick auf Asylbewerber und Flüchtlinge.

Immer wieder schön: Der Büttelbrunner Donnerstag



Natascha Kohnen war schon da, Inge Aures ebenso, Günter Stock trat als Weinbäuerle auf, viele andere prominente Redner ließen es donnern in Waldbüttelbrunn. Beim diesjährigen Büttelbrunner Donnerstag, der traditionell zwei Tage nach Faschingsende vom OV Waldbüttelbrunn veranstaltet wird, zog MdB Bernd Rützel kräftig vom Leder und begeisterte die vielen Zuhörer. Seine Themen der Mindestlohn, er hatte kein Verständnis für das Wehklagen einzelner Unternehmer darüber, die Stromtrassen und TTIP. Er warb für mehr Verständnis bei der

Zuwanderung von Flüchtlingen. In meiner Rede ging ich vor allem auf die vielen Selbstanzeigen von reichen Steuersündern ein. Sie seien ein Erfolg und ein Schritt hin zu mehr Steuerehrlichkeit.

Politischer Ascherfreitag in Kleinrinderfeld mit Ehrungen



Beim politischen Ascherfreitag des SPD-Ortsvereins und der Freien Bürger in Kleinrinderfeld standen kommunale und landespolitische Themen auf der Tagesordnung. Der Fraktionsvorsitzende der Kreistags-SPD, Bürgermeister Stefan Wolfshörndl aus Gerbrunn, forderte eine Senkung der Kreisumlage und forderte eine aktivere Rolle des Kreistags bei der

Gestaltung der Politik im Landkreis ein.

Ich selbst durfte als Laudator viele politische Weggefährten für ihre langjährige politische Treue auszeichnen, u.a. Bürgermeisterin Eva-Maria Linsenbreder. Viele von ihnen haben sich auf den unterschiedlichsten politischen Ebenen für eine soziale und gerechte Politik engagiert. Nochmals herzlichen Dank dafür, auch all jenen, die sich andernorts in gleicher Weise engagieren.

Verleihung der Willy-Brandt-Medaille

Im Rahmen einer Feierstunde in den Räumen der Geriatriischen Rehabilitationsklinik der AWO wurde einer verdienten Genossin und vier verdienten Genossen die Willy-Brandt-Medaille verliehen: Marion Reuther (Margetshöchheim), Richard Brandt (Reichenberg), Robert Hesselbach (Rottendorf), Heinz Koch (Eibelsstadt) und Peter Wesselowsky (Ochsenfurt) haben sich große Verdienste um die Sozialdemokratie erworben und in ihrer jeweiligen Position Vieles für die Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis und darüber hinaus erreicht. Sie alle



sind wirkliche Vorbilder, die im Einsatz für ihre Mitmenschen mehr als das Übliche getan haben und noch tun, vor allem haben sie langjährigen, konsequenten Einsatz gezeigt, worauf die jeweiligen Laudatoren nachdrücklich hingewiesen haben. Allen Geehrten gilt unser großer Dank für ihr Engagement in den letzten Jahrzehnten.

Ehrennadel für Herbert Franz

Vor kurzem erhielt Herbert Franz die Bayerische Verdienstmedaille in Gold, nun wurde er in der gleichen Feierstunde, in der auch die Empfänger der Willy-Brandt-Medaille geehrt wurden, für 50-jährige Mitgliedschaft in der SPD mit der Ehrennadel ausgezeichnet. Unser ehemaliger

Landtagsabgeordneter ist Ehrenvorsitzender der Unterfranken-AWO und mit seinem reichen Erfahrungsschatz auch heute noch wichtiger

Ratgeber für viele Menschen in unserer Partei. Stefan Wolfshörndl hielt die Laudatio, Homaira Mansury steckte ihm die Ehrennadel an und ich selbst konnte ihm die Urkunde überreichen. Lieber Herbert, vielen Dank für Deine langjährige Treue und für Deine große Lebensleistung. Foto: Cronauer



Zu Besuch im Bayerischen Landtag

Im Rahmen einer Informationsfahrt in den Bayerischen Landtag konnte ich eine stattliche Reisegruppe aus den Landkreisen Würzburg und Kitzingen in München begrüßen. Gleich zu Beginn der Fahrt besuchten die Teilnehmer das Konzentrationslager in Dachau – bewegende Stunden für alle Besucher. Bei einem gemeinsamen Abendessen informierte ich meine Gäste über meine Arbeit im Parlament und in der Fraktion. Am nächsten Morgen konnten sich die Teilnehmer einen unmittelbaren Eindruck von der Arbeitsweise des Landtags verschaffen. Auf der Zuschauertribüne durften sie eine Plenardebatte zum Thema Hochschulreform verfolgen.



Aktivitäten vor Ort

Asylhelferempfang in Winterhausen mit MdL Angelika Weikert

Besuch der Asylbewerberunterkunft in Kleinlangheim sowie der Unterkunft für unbegleitete Jugendliche in Ochsenfurt.

Am 27. März fand in Winterhausen im Landkreis Würzburg ein Asylhelferempfang der SPD-Landtagsfraktion statt, um den vielen haupt- und ehrenamtlichen Asylhelfern Dank und Anerkennung auszusprechen. Ich freute mich MdL Angelika Weikert, sozialpolitische Sprecherin der SPD im Bayerischen Landtag, als kompetente Festrednerin auf dem Empfang begrüßen zu dürfen. Rund 70 haupt- und ehrenamtliche Helfer sowie Kommunalpolitiker waren gekommen. Dabei wurde deutlich, wie vielschichtig die Probleme bei der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber sind. Vor allem die ehrenamtlichen Helfer benötigen jedwede Unterstützung und verlässliche Ansprechpartner, an die sie sich jederzeit wenden können. Vor allem die Politik ist hier gefordert, entsprechende Strukturen zu schaffen und diese auszubauen.



V.l.n.r.: Mit Gertraud Azar, MdL Angelika Weikert, Marita Gläßel und Gisela Umbach vom Ortsverein Theilheim im Gespräch.



Im Gespräch mit haupt- und ehrenamtlichen Asylhelfern der Caritas in Kleinlangheim. Mit dabei Robert Finster, stv. Landrat, Astrid Glos, Gertraud Azar und BGM Gerlinde Stier.



Zu Besuch in der Unterkunft für unbegleitete Jugendliche in Ochsenfurt.

Sportfachgespräch mit MdL Harald Güller in Randersacker



„Wo drückt der Sportschuh?“, unter diesem Motto stand das sportpolitische Fachgespräch der SPD-Landtagsfraktion, das am 24. April in Randersacker stattfand. Zusammen mit meinem Kollegen Harald Güller, MdL, sportpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, hatte ich die Vereinsvorsitzenden aus dem Landkreis Würzburg dazu eingeladen. Am meisten drückt die Vereinsverantwortlichen die Bürokratie im Vereinswesen.

Zuvor nutzten wir die Gelegenheit, um zwei Vor-Ort-Besuche bei Vereinen in der Region zu machen.

Im Gespräch mit dem Vorstand der DJK Erbshausen-Sulzwiesen ging es um Probleme bei der Förderung durch den Bayerischen Landessportverband (BLSV) bei der geplanten energetischen Sanierung der vereinseigenen Halle.



Im Vordergrund der Gespräche mit dem Vorstand des TV Ochsenfurt standen die Themen Hallenbadnutzung an der Realschule, die integrative Wirkung des Breitensports, die Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes sowie die erforderliche Sanierung der kommunalen Sportanlage auf der Maininsel.

Günterslebener Umwelttage mit Pronold und Mansury

Seit einigen Jahren veranstaltet der SPD-Ortsverein Güntersleben sehr erfolgreich die „Günterslebener Umwelttage“. Ziel ist es, das Bewusstsein für die Umwelt und das Verständnis für den Einsatz regenerativer Energien zu fördern und einheimischen Gewerbebetrieben in diesem Bereich eine Plattform für ihre Produkte und Dienstleistungen zu bieten. Viele interessierte Besucher kamen an beiden Tagen, um sich zu informieren. Ein ganz besonderes Ereignis war in diesem Jahr der Besuch von Staatssekretär Florian Pronold aus dem Bundesbauministerium. Florian Pronold, auch Vorsitzender der Bayern-SPD, nahm sich viel Zeit, um sich in Güntersleben über die dort angebotenen Produkte und technischen Lösungen zu informieren. Er dankte dem OV Güntersleben für sein Engagement und seine Initiativen für eine gesunde Umwelt.



Aktion barrierefreies Bayern: Besuch des Bahnhofs in Rottendorf

Unsere landesweite Kampagne „Bayern Barrierefrei“ läuft seit Wochen auf Hochtouren. Quer durch Bayern finden Aktionen statt, die auf bestehende Hindernisse und Barrieren aufmerksam machen. Die Staatsregierung hat ein barrierefreies Bayern bis 2023 angekündigt. Bisher tut sich wenig, zumal bei den Bahnhöfen. Ein typisches Beispiel dafür ist der Bahnhof in Rottendorf, den ich mit meinem Landtagskollegen Georg Rosenthal und Mitgliedern des SPD-Ortsvereins Rottendorf besuchte. Es gibt keinen ungehinderten Zugang zu den Gleisen, der Bahnsteig ist nicht ausreichend breit, es fehlen Aufzüge. Dies gilt im Übrigen auch für die überregional ebenso bedeutsamen Bahnhöfe in Ochsenfurt, Gemünden, Karlstadt, Lohr und Kitzingen. Um bei Bahnhöfen Veränderungen im Sinne von mehr Barrierefreiheit zu erreichen, ist es dringend erforderlich, dass der Freistaat und die Bahn die nötigen Finanzmittel aufstocken.



Arvato, Kinkeler, Danone – Firmenbesuche mit MdB Bernd Rützel



Am 27. Juni besuchte ich zusammen mit MdB Bernd Rützel drei Unternehmen in der Region. Bei **Arvato** in Höchberg, ehemals Vogel Druck, ein Tochterunternehmen von Bertelsmann, informierte uns Geschäftsführer Rolf Lenertz über die Situation der Druckbranche. Auch Themen wie Energie, Mitbestimmung und Ausbildungsplätze erörterten wir. Bei einer Betriebsführung erhielten wir Einblicke in die Produktion von Druckerzeugnissen wie „Chip“ oder „Garten Idee“.



Bei **Kinkeler** in Ochsenfurt konnten wir uns davon überzeugen, dass das Unternehmen fast alles macht, was mit Maschinenbau zu tun hat, ob Deckel für Castoren oder Bauteile für Ölplattformen. Das Unternehmen ist weltweit aktiv und ist erfreulicherweise ein aktiver Ausbildungsbetrieb. Mehr als 60 Auszubildende sind derzeit tätig. Das Unternehmen gibt auch Mittelschülern eine Chance. Mit der Geschäftsleitung sprachen wir u. a. über die Russland-Sanktionen.



Bei **Danone** konnten wir im Rahmen einer Betriebsführung den Produktionsprozess bei Joghurt und anderen Milchprodukten kennenlernen. Knapp 200 Mitarbeiter produzieren in Ochsenfurt, 230 Landwirte aus der Region liefern die dafür benötigte Frischmilch. Am Ende der aufschlussreichen Tour durfte natürlich eines nicht fehlen – die Verkostung. Sie war – im wahrsten Sinne des Wortes – köstlich.

Einsatz für die Region

Besuch beim Hauptzollamt in Schweinfurt und beim Technologietransferzentrum in Bad Neustadt

Zusammen mit meinen Landtagskolleginnen Kathi Petersen und Martina Fehlner besuchte ich am 8. Juni das Hauptzollamt in Schweinfurt. Das Hauptzollamt hat vielfältige Aufgaben, die uns sein Leiter, Regierungsdirektor Muhlert, erläuterte. Uns interessierte vor allem das Thema „Kontrollen im Mindestlohnbereich“. Laut Direktor Muhlert ist der Zoll bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung sowie bei der Kontrolle des Mindestlohns gut aufgestellt. Ein Schwerpunkt der Arbeit liege derzeit in der Prävention.



Beim Hauptzollamt in Schweinfurt, Bildquelle Bundeszollverwaltung

Im Anschluss an die Gespräche beim Hauptzollamt besuchten wir das **Technologietransferzentrum** und die **Berufsschule in Bad Neustadt**. Professor Ansgar Ackva, der Leiter des Zentrums, verdeutlichte, dass die dauerhafte Existenz der Forschungseinrichtung, die eine Außenstelle der Hochschule Würzburg/Schweinfurt ist, noch nicht gesichert ist. Es gebe zwar Bekenntnisse der Staatsregierung für die weitere Finanzierung, aber die Haushaltsverhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Die 40 Mitarbeiter benötigen aber Sicherheit für ihre Zukunft. Ich versprach dem Leiter beim Finanzministerium zu intervenieren und zu versuchen, über den Nachtragshaushalt vorzeitig einen Bescheid zu bekommen.

Das Problem der **Berufsschule** hingegen ist es, geeignete Lehrer zu finden, so der Leiter Kurt Hassfurter, auch sind der Personalschlüssel zu knapp und zu wenig Lehrerstellen vorhanden. Auch die berufliche Integration von Asylbewerbern müsse künftig stärker in den Vordergrund gestellt werden.

EU-Projekttag an der Mittelschule Waldbüttelbrunn



Zusammen mit Klaus Schmidt, dem Bürgermeister von Waldbüttelbrunn, beim EU-Projekttag an der Mittelschule Waldbüttelbrunn

Am EU-Projekttag besuchte ich die Mittelschule Waldbüttelbrunn. Der 8. Mai war gleichzeitig der Tag, an dem vor 70 Jahren der zweite Weltkrieg in Europa endete. Ich verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass ein mittlerweile 70 Jahre währender Frieden ohne die Europäische Union nicht denkbar gewesen wäre. Ich erläuterte den Schülerinnen und Schülern detailliert, welchen Einfluss die europäische Gesetzgebung auch auf die Bundesländer hat und nimmt. 50 Prozent der Gesetze und rechtlichen Regelungen werden auch in Bayern mittlerweile von der EU geprägt. Die Fragen der Schüler drehten sich u. a. um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei, um die Finanzlage in Griechenland und vor allem auch um die Flüchtlingsproblematik. Auch Fragen zum Waren- und Kapitalmarktverkehr stellten die Schüler.

Schirmherrschaft bei Veranstaltung „70 Jahre Frieden in Westeuropa“



Am Vorabend der Festveranstaltung fand das Friedensgebet statt. Links von mir der ev. Stadtpfarrer Wagner, rechts Bürgermeister Peter Juks.

70 Jahre Frieden in Westeuropa und 30 Jahre Partnerschaftsverein. Ochsenfurt feierte zusammen mit den Freunden aus den Partnerstädten Coutances, Wimbourne und Colditz. Auch mit den Freunden aus Bibbiena in Italien feierte man. Mit dieser Kommune soll die vierte Partnerstadt gegründet werden. Gerne habe ich die mir angetragene Schirmherrschaft für die dreitägige Veranstaltung übernommen. Im Rahmen der Festveranstaltung im Kino „Casablanca“ gab ich einen kurzen historischen Rückblick. „Nie wieder“, so mein Credo, „darf Rassenhass und Hass gegen Minderheiten Platz finden in unserer Gesellschaft.“ Die Städtepartnerschaften bezeichnete ich als wichtigen Baustein in der Wiederannäherung, in der Versöhnung und in der Freundschaft zwischen den Ländern Europas.

Internationaler Tag der Pflege:

Infostand der Senioreneinrichtungen des Kommunalunternehmens



Beim internationalen Tag der Pflege nutzte ich den Infostand der Senioreneinrichtungen des Landkreises zum Austausch. Das Thema „Pflege“ ist vielschichtig und gewinnt künftig angesichts des demographischen Wandels mit einer immer größer werdenden Zahl älterer Menschen, die der Pflege bedürfen, besondere Bedeutung.

Gespräch mit dem Verein der Schwerhörigen und Ertaubten



Ein Gespräch mit dem Verein der Schwerhörigen und Ertaubten führte ich zusammen mit Christina Lange von SPD-Selbstaktiv Unterfranken und Rene van Eckert von der Unterfranken-SPD. Vorsitzender Manfred Hartmann verdeutlichte uns, dass Schwerhörigkeit eine unsichtbare Behinderung ist. Betroffene hätten Hemmungen sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Ein wichtiges Anliegen des Vereins sei es u. a., dass

Hilfsmittel wie Induktionstechnik in öffentlichen Gebäuden und insbesondere in Veranstaltungsräumen als Funkhörhilfen eingebaut werden, so Vorstandsmitglied Frank Stößel. Ein Ausbau der Beratungsstellen sei erforderlich, auch unter dem Gesichtspunkt, dass Schwerhörige andere Hilfestellungen benötigen als ganz Gehörlose.

Im Bild: (v. l.) MdL Georg Rosenthal, Vorsitzender Manfred Hartmann, Christina Lange, ich selbst, Rene van Eckert und Frank Stößel.

Treffen der unterfränkischen Abgeordneten mit den Gewerkschaften



Auf Einladung des DGB fand im April in den Räumen der Eisenbahn- und Verkehrsgesellschaft (EVG) am Haugerring 2 ein Treffen sämtlicher unterfränkischer Gewerkschaften mit den unterfränkischen Abgeordneten aus Bund (MdB Bernd Rützel) und Land (MdLs Martina Fehlner, Kathi Petersen, Georg Rosenthal und mir selbst) statt. Für alle Beteiligten war es ein intensiver und wichtiger Erfahrungsaustausch. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Themen, die die Gewerkschaften betreffen, und die vor allem im Bundestag derzeit auf der Agenda stehen.

Schwerpunkt war die Umsetzung des Mindestlohns. Weitere Treffen sind beabsichtigt.

Besuch der Bahn-Großbaustelle „Umfahrung Schwarzkopftunnel“



Zusammen mit meiner Aschaffenburg Landtagskollegin Martina Fehlner besuchte ich Anfang Juli die Bahngroßbaustelle „**Umfahrung Schwarzkopftunnel**“ zwischen Laufach und Heigenbrücken (ICE-Strecke Frankfurt – Würzburg – München). Ziel war es, sich über den Baufortschritt dieses für ganz Unterfranken so wichtigen Projektes zu informieren und mit den Verantwortlichen vor Ort Gespräche zu führen. Die Strecke zählt mit über 200 Zügen täglich zu den meist frequentierten in Deutschland und

verbindet die Wirtschaftszentren des Rhein-Main-Gebiets mit Würzburg und der Region Franken. Es ist wichtig, dass die Bahn dieses Großprojekt angegangen ist. Die neue zweigleisige Umfahrungsspanne wird rund acht Kilometer lang sein, insgesamt werden vier Tunnelbauwerke gebaut. Durch die Tunnelbauwerke wird der Bahnlärm entlang der Strecke deutlich gemindert. Die Kosten werden für das Gesamtprojekt mit 450 Mio. Euro veranschlagt.

Nach dem Besuch der sehr beeindruckenden Großbaustelle trafen wir uns mit den **Bürgermeistern** der von der Bahnbaustelle betroffenen Gemeinden Laufach und Heigenbrücken, **Friedrich Fleckenstein** und **Werner Englert**, zum Erfahrungsaustausch.

Danach reisten wir weiter zum **Klinikum in Aschaffenburg**. Dort schlossen sich Informationsgespräche mit der Geschäftsleitung, der medizinischen Leitung und dem Personalrat über aktuelle Herausforderungen und Projekte des Klinikums Aschaffenburg an.

Besuch beim Erthal-Sozialwerk: Die Werkstatt wird 30 Jahre



Passend zum Auftakt der Landtagskampagne „Bayern barrierefrei“ konnte ich zusammen mit meinen Landtagskollegen Kathi Petersen und Georg Rosenthal der Werkstatt des Erthal-Sozialwerks einen Informationsbesuch abstaten. Die Werkstatt wird 30 Jahre alt. Sie war bei ihrer Gründung eine der ersten Werkstätten in Deutschland für behinderte Menschen. Psychisch kranke und behinderte Menschen arbeiten dort in verschiedenen Arbeitsfeldern – wie z. B. dem Schrauben- und dem Wäscheservice - zusammen. Gelebte Inklusion seit langer Zeit.

Von links: Die Gruppenleiterinnen Ingrid Morgenstern und Michaela Sämann, MdL Georg Rosenthal, MdL Kathi Petersen, rechts von mir Silke Vogt von der Werkstattleitung

Geplante Sanierung der Main-Klinik in Ochsenfurt



In der letzten Kreistagssitzung machten Landrat Nuss und der Vorstand des Kommunalunternehmens, Prof. Dr. Alexander Schraml, deutlich, dass von Seiten der staatlichen Gesundheitsbehörden eine umfassende Sanierung des Trinkwasserleitungsnetzes in der

landkreiseigenen Klinik gefordert wird. Bei genauerer Betrachtung wird es wohl unausweichlich sein auch die Nasszellen zu sanieren, die Böden zu erneuern sowie die mehr als 50 Jahre alten Heizungsrohre auszutauschen. Das Bauamt hat zudem dringend empfohlen ein neues Brandschutzkonzept zu erarbeiten. Der Kreistag muss Ende Juli erst noch entscheiden, dennoch bleibt wohl kaum eine andere Möglichkeit, als diese gewaltige Sanierungsmaßnahme in Angriff zu nehmen. Der Landkreis schätzt den Herstellungs- und Sanierungsaufwand auf 21 Millionen Euro, die Bauzeit auf sechs Jahre. Bei einer solchen Summe hat auch der Landkreis Schwierigkeiten die finanziellen Mittel alleine aufzubringen. Nicht nur als Ochsenfurter Bürger liegt mir die Klinik am Herzen. Sie ist für die medizinische und pflegerische Versorgung in der Region nicht mehr wegzudenken und sie hat vor allem in den letzten Jahren eine positive Entwicklung genommen. Deshalb habe ich mich an die bay. Gesundheitsministerin Melanie Huml gewandt, um dem Ansinnen des Landkreises auf Förderung Nachdruck zu verleihen und habe sie in meiner Funktion als Abgeordneter ebenfalls um Unterstützung

gebeten. Zudem habe ich vorgeschlagen, ein gemeinsames Gespräch mit den Vertretern des Landratsamtes und des Kommunalunternehmens sowie mit mir selbst, als stellvertretendem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Ministerium zu führen.

Letzte Meldung: Am heutigen Montag, 27. Juli 2015, hat der Kreistag Würzburg einstimmig die Sanierung der Main-Klinik Ochsenfurt beschlossen. Geschätzte Investitionssumme: 21 Mio. Euro, vom Ministerium in Aussicht gestellte Zuschüsse: 7 Mio. Euro, erwartete Bauzeit: Sechs Jahre.

(Foto: Kommunalunternehmen)

Aus für die private Realschule Marktbreit abgewendet



Eine von der Staatsregierung geplante Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen hätte viele private Schulen, so auch die private Realschule in Marktbreit, in ihrer Existenz gefährdet. Kultusminister Spaenle plante, privaten Schulen die Genehmigung zu entziehen, wenn

in **einer** ihrer Klassen die Zahl der Schüler unter acht sinkt. Für die Schule in Marktbreit hätte dies das Aus bedeuten können. Dabei hat sie eine wichtige Funktion in der Region. Sie wurde 1984 mit dem Ziel gegründet, sog. „Späentwicklern“ eine Chance zum Besuch einer weiterführenden Schule zu ermöglichen.

In einem Brief an Minister Spaenle habe ich deutlich gemacht, welche dramatischen Auswirkungen eine solche Gesetzesänderung für Schüler, Eltern, Lehrer und die Schule selbst hätte. Auch unsere Landtagsfraktion hat sich gegen dieses Vorhaben gewandt. Erfreulich ist, dass die CSU-Staatsregierung nach diesen Protesten und nach Gesprächen mit Verbänden und Fachpolitikern ihren eigenen Plan wieder kassiert hat. Sie verzichtet auf diese Regelung. (Foto: Private Realschule Marktbreit)

Aufnahme weiterer Gemeinden in die Förderkulisse „Teilräume mit besonderem Handlungsbedarf“

Im Landesentwicklungsprogramm 2013 wurden bestimmte Regionen den Räumen mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) zugeordnet. Im August 2014 wurden von der Staatsregierung die Kriterien für die Zuordnung überarbeitet, so dass weitere Regionen in diese Förderkulisse aufgenommen werden konnten. **Das Besondere:** Nun können auch einzelne Gemeinden in diese Förderkulisse aufgenommen werden. Diese neu aufgenommenen Gemeinden wurden von der Staatsregierung auch konkret benannt. **Das Problem:** Gemeinden, die nicht aufgenommen wurden, haben wenig Verständnis dafür, dass sie nicht aufgenommen wurden, obwohl sie ähnliche Problemlagen haben, wie



Nachbargemeinden, die aufgenommen wurden. Gerade in meinem Betreuungsstimmkreis ist dieses Problem besonders augenscheinlich. Kitzingen, Mainbernheim und Sulzfeld am Main wurden aufgenommen, was mich freut, andere Gemeinden, die vor vergleichbaren Herausforderungen stehen, wie bspw. Albertshofen, Biebelried, Buchbrunn oder Mainstockheim, blieben außen vor. Auch in meinem Stimmkreis Würzburg gibt es ähnliche Beispiele.

Jene Gemeinden, die zum Raum mit besonderem Handlungsbedarf zählen, erhalten künftig bei einschlägigen Programmen, wie etwa beim Breitbandausbau, beim Regionalmanagement oder bei der regionalen Wirtschaftsförderung, einen höheren Fördersatz.

Da viele Gemeinden bereits bei der Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen, ist es aus meiner Sicht dringend erforderlich, dass noch weitere Gemeinden



in die Förderkulisse mit aufgenommen werden. In einem Schreiben habe ich mich deshalb an Minister Söder gewandt und gefordert, dass zusätzliche Kriterien herangezogen werden, nach denen Gemeinden im ländlichen Raum, die strukturelle, demografische und finanzielle Probleme haben, gefördert werden. Gleichzeitig habe ich ihn gebeten weitere Gemeinden aus der Region der Förderkulisse zuzuordnen.

Es ist das erklärte Ziel der Bayerischen Staatsregierung überall im Freistaat für gleichwertige Lebensbedingungen zu sorgen. Dafür ist aus meiner Sicht eine noch aktivere Politik für den ländlichen Raum erforderlich. Dafür werde auch ich mich entschieden einsetzen.

Meine Aufgaben in München

Vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Besuch beim Sudetendeutschen Tag in Augsburg



Als vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion besuchte ich an Pfingsten den Sudetendeutschen Tag in Augsburg. Traditionell stattete ich dem Stand der Seliger-Gemeinschaft, der Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten, einen Besuch ab. Links im Bild ist Hildegard Kronawitter zu sehen, ehemaliges Mitglied des Landtags, rechts steht Christa Naaß, meine Vorgängerin als vertriebenenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion und heutige Vizepräsidentin des Bezirkstags Mittelfranken.

Vertriebenenempfang im Landtag



Jährlich führt unsere Fraktion im Landtag einen Empfang für Vertriebene durch. Im Juni zeichneten wir Vertriebene, die sich aktuell als Flüchtlingshelfer engagieren, aus. In meiner Rede bezeichnete ich Flucht und Vertreibung als historisch nicht abgeschlossenes Phänomen. Sie gehören vielmehr zu den drängendsten und bedrückendsten Problemen unserer Zeit. Wohl niemand könne besser

nachvollziehen, was Kriegsflüchtlinge aus Syrien oder dem Irak heute durchmachen, als Menschen, die selbst vertrieben wurden. Ich bedankte mich ausdrücklich bei den Vertriebenen dafür, dass sie mithelfen, den heutigen Flüchtlingen und Asylbewerbern eine menschenwürdige Aufnahme in Deutschland zu bereiten.

Mittel für das Sudetendeutsche Museum in München

Haushaltsausschuss bewilligte Rate in Höhe von 800.000 Euro für die erste Teilbaumaßnahme

Als vertriebenenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion begrüße ich die Bewilligung der Mittel für die erste Teilbaumaßnahme des Sudetendeutschen Museums in München in Höhe von 800.000 Euro durch den Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags. Das Projekt soll insgesamt 24 Millionen Euro kosten.

Die Bereitstellung der Mittel freut mich sehr, weil endlich Nägel mit Köpfen gemacht wurden. Mit der Bereitstellung der ersten Gelder durch den Landtag wird das seit 2006 Jahr für Jahr in Sonntagsreden der Staatsregierung versprochene Sudetendeutsche Museum in München endlich tatsächlich gebaut." Es ist klasse, dass damit ein seit 20 Jahren von der Sudetendeutschen Stiftung propagiertes und von der SPD-Fraktion im Landtag parlamentarisch stets unterstütztes Projekt Wirklichkeit wird. Damit entsteht ein weit über die sudetendeutschen Bayern hinaus ausstrahlendes Zentrum, das nicht nur an das kulturelle Erbe und politische Schicksal des Vierten Stamms erinnern soll, sondern auch die Chance bietet, die Beziehungen zu unseren tschechischen Nachbarn zu vertiefen. Denn nur wer seine Herkunft kennt, so bin ich überzeugt, wird auch Zukunft haben.

Finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Treffen der finanzpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktionen der Länder in München



Zusammen mit Markus Rinderspacher, unserem Fraktionsvorsitzenden im Landtag, konnte ich Ende Juni in meiner Funktion als finanz- und haushaltspolitischer Sprecher unserer Landtagsfraktion die Kollegen aus dem Bund und aus den Ländern in München zur sog. „Sprecher-Konferenz“ begrüßen. Auch die SPD-Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament waren eingeladen.

Zunächst berichteten die MdB`s Carsten Schneider, Johannes Kahrs, Lothar

Binding und Bernhard Daldrup aus der Bundestagsfraktion. Über das Thema Eingliederungshilfe/Bundesteilhabegesetz berichtete Dr. Rolf Schmachtenberg, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen in Rheinland-Pfalz,

referierte über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Am nächsten Tag gaben die Kollegen Berichte zur Situation in ihren Ländern ab. Den Abschluss unserer Sprecherkonferenz bildete der Vortrag von MdB Johannes Kahrs zum Bundeshaushalt und zu den geplanten Investitionspaketen. Alles in allem war dies wieder eine hochinformativ Konferenz, die deutlich machte, wie wichtig auch der länderübergreifende Austausch unter Kollegen ist.

Nachtragshaushalt 2016: Versteckte Verschuldung bekämpfen und Kommunen unterstützen

Eine meiner wesentlichen Aufgaben als haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion ist es die Finanzen des Freistaats im Blick zu behalten und das Verhalten der Staatsregierung kritisch zu beleuchten. Die Klausur des Kabinetts zum Nachtragshaushalt 2016 in St. Quirin machte deutlich, dass die Staatsregierung trotz der guten finanziellen Lage des Freistaats wie so oft zu restriktiv in ihrem Handeln ist.

Der Freistaat spart pro Jahr rund 400 Millionen Euro wegen des niedrigen Zinsniveaus und kann bis 2016 Steuermehreinnahmen von rund 900 Millionen Euro erwarten. Daran hat die CSU-Staatsregierung keinerlei Anteil, sie könnte sich aber verdient machen, wenn sie das Geld im Nachtragshaushalt 2016 sinnvoll verwendet.

Sorgen bereitet mir vor allem die **versteckte Verschuldung**, also die Lasten, die auf künftige Generationen verschoben wurden, die im Staatshaushalt aber nicht ausgewiesen sind. So belegt der aktuelle Versorgungsbericht, dass die **Pensionsvorsorge** in Bayern unzureichend ist. Bei den staatlichen Gebäuden und den Staatsstraßen gibt es zudem einen **Sanierungstau in Milliardenhöhe**, der endlich abgebaut werden muss. Darüber hinaus erwarte ich von Ministerpräsident Seehofer, dass er endlich damit beginnt, sein Versprechen "Bayern wird bis 2023 komplett barrierefrei" einzulösen.

Zusammen mit der SPD-Landtagsfraktion werde ich in den Haushaltsverhandlungen darauf achten, dass für **Barrierefreiheit** mehr Mittel fließen. Und uns liegen die Kommunen mit ihrer zum Teil schwierigen Finanzlage am Herzen. Für die notwendigen **Sanierungen** von Schulen und Schwimmbädern sowie für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude ist viel Geld nötig. Der Freistaat muss hier über den **kommunalen Finanzausgleich** zu seiner Verantwortung stehen“.

Bei **Flüchtlingen und Asylbewerbern** fordern wir die Staatsregierung auf, auf Horrorszenarien zu verzichten und realistische Haushaltsansätze vorzulegen: „Dringend notwendig sind genügend Erstaufnahmeeinrichtungen, ausreichend Personal für die Asylverfahren und eine Rückführung nicht anerkannter Asylbewerber. Anstatt unnötig zu dramatisieren, muss die Staatsregierung alle vorhandenen Möglichkeiten nutzen, um die Situation zu entspannen. Dazu gehört vorrangig die Einstellung zusätzlicher Verwaltungsrichter für Asylverfahren.“

Aktuelles aus der bayerischen Landespolitik

Bildungspolitik

Zum Thema Bildungspolitik hat die SPD-Landtagsfraktion viele Initiativen gestartet, Anfragen und Anträge gestellt. Hier einige Auszüge:

Junge Realschullehrer nicht im Stich lassen: Dringlichkeitsantrag: Demographische Rendite von 555 Stellen soll an den Schulen bleiben

Angesichts der dramatisch schlechten Einstellungsaussichten junger Realschullehrer fordert die SPD-Landtagsfraktion die Staatsregierung auf, die sogenannte demographische Rendite von 555 Stellen an den Realschulen zu belassen. Dies ist die Zahl der Stellen, die wegen des Schülerrückgangs eigentlich aus dem Stellenplan gestrichen werden soll. Aus unserer Sicht wäre es die einmalige Chance, die Klassengrößen zu reduzieren und damit auch die Unterrichtsqualität zu verbessern. Es gibt zahlreiche gut ausgebildete und höchst motivierte junge Realschullehrer, die unsere Schulen bereichern würden. Rund 4000 Klassen haben mehr als 26 Schüler. Hier könnten die größten Klassen verkleinert werden. Durch den Aufbau einer integrierten Lehrerreserve würde weniger Unterricht ausfallen. Und nicht zuletzt wäre es auch möglich, die Ganztagsangebote auszubauen.

SPD fordert Schul-Task-Force für Flüchtlingsbeschulung: Staatsregierung ist in der Pflicht, zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen - Unterrichtsversorgung muss verbessert und sichergestellt werden.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine Task Force, um die Herausforderungen der Bildungspolitik und der Flüchtlingspolitik in den Griff zu bekommen. Wir warnen eindringlich davor, die den Schulen versprochenen Lehrerstellen für die Flüchtlingsbeschulung zu verwenden - anstatt hier mehr Geld zu investieren. Die SPD hatte nach der Wahl durch Druck auf die CSU verhindert, dass die sogenannte demografische Rendite an den Schulen abgebaut werden sollte - damit wurden hunderte Lehrerstellen gerettet und die Qualität an den Schulen sollte verbessert werden. "Nun weigert sich die CSU-Staatsregierung rundheraus, für die Flüchtlinge ein neues Konzept zu entwickeln und mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Sie will die Lehrerstellen aus der demografischen Rendite in die Flüchtlingsbeschulung schieben. Damit heizt Spaenle die Stimmungsmache gegen Flüchtlinge zusätzlich an!

Wir fordern Ministerpräsident Seehofer auf, bei den Haushaltsverhandlungen zusätzliche Finanzmittel aus einem Flüchtlingstopf für eine Schul-Task-Force bereitzustellen. Ohne zusätzliches Geld werden die Grund-, Mittel- und Berufsschulen die Flüchtlingsbeschulung nicht schaffen." Flüchtlingsbeschulung und Unterrichtsversorgung müssten aus einem getrennten Haushaltstitel kommen.

Um die großen Herausforderungen durch die ständig steigende Zahl junger Flüchtlinge meistern zu können, fordern wir in einem Dringlichkeitsantrag, dass arbeitslose Junglehrer mit der Qualifikation Deutsch als Zweitsprache zunächst befristet auf fünf Jahre als Task Force an den Berufsschulen einstellt werden, um die Beschulung der jungen Flüchtlinge und Asylbewerber zu gewährleisten.

Energiepolitik

Stromtrassen: SPD fordert CSU zu mehr Ehrlichkeit und weniger Selbstbeweihräucherung auf



Energiepolitische Sprecherin Kohnen: Hätten Seehofer und Aigner von Anfang an mit offenen Karten gespielt, würden sich jetzt viele Menschen in Bayern weniger verraten fühlen

Die energiepolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion **Natascha Kohnen** bezeichnet die Kommunikation der CSU zur Energiepolitik als völlig fehlgeleitet und kontraproduktiv: "Eine absurde Selbstbeweihräucherung wird nicht dadurch besser, dass man sie tagelang wiederholt", stellt die SPD-Energieexpertin fest.

Die unterirdischen Trassen jetzt als CSU-Triumph zu verkaufen, sei ein Schlag ins Gesicht derer, denen Seehofer jahrelang versprochen habe, es gehe ganz ohne Trasse. "Jetzt kommen zwei Trassen und Ministerin Aigner hat die Dreistigkeit, sich hinzustellen wie eine Siegerin. Hätten Seehofer und Aigner von Anfang den Vorschlägen Sigmar Gabriels zur Erdverkabelung und zur Nutzung bestehender Infrastruktur zugestimmt, würden sich jetzt viele Menschen in Bayern weniger verschaukelt und verraten vorkommen." (Foto: Pixabay)

Arbeit



CSU will Arbeitnehmerrechte aushebeln - Rinderspacher: Angriff auf Tarifautonomie ist Angriff auf das Grundgesetz – Streikrecht muss unangetastet bleiben

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Markus Rinderspacher** verurteilt den Kabinettsbeschluss vom Juni zur Auflockerung des Streikrechts scharf: „Die CSU reitet eine Attacke auf die Tarifautonomie. Sie will sie zugunsten der Arbeitgeber und zu Lasten der Arbeitnehmer beschneiden. Das ist vollkommen inakzeptabel.“

Der bayerische Ministerrat hat angekündigt, sich im Bundesrat für gesetzliche Regelungen zum Streikrecht in der Daseinsvorsorge einzusetzen. Demnach soll einem Streik zwingend ein Schlichtungsverfahren vorausgehen, die Ankündigungsfrist vier Werktage betragen und eine Mindestversorgungsvereinbarung getroffen werden. Was als vermeintliches Entgegenkommen an den streikgeplagten Bürger daher kommt sei in Wahrheit populistische Augenwischerei, stellt Rinderspacher fest: „So würden selbst kurze Warnstreiks durch bürokratische Hürden endlos hinausgezögert, wenn nicht gar gänzlich unterbunden. De facto verlören die Arbeitnehmer dadurch ihr wichtigstes Arbeitskämpfungsmittel.“ (Foto: Pixabay)

Flüchtlinge und Vertriebene

Der deutliche Anstieg der Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den letzten Monaten ist in dieser Dimension eine wirkliche Herausforderung. Die Regierung, Kommunen, Schulen, Asylhelferkreise sind in mannigfacher Hinsicht gefordert. Dennoch gilt es, sich den Problemen zu stellen, um menschenwürdige Lösungen zu finden. Einiges konnte schon erreicht werden. So dürfen nun Flüchtlinge und Asylbewerber früher arbeiten, schon nach drei Monaten. Die Residenzpflicht wurde abgeschafft.

Im Hinblick auf die aktuelle Debatte um die Flüchtlinge vom Westbalkan, aber auch generell, hinkt die Staatsregierung mit der Einrichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen ihren eigenen Ankündigungen hinterher. Der frühere Innenminister Friedrich und leider auch der aktuelle, Thomas de Maizère, waren zu zögerlich bei der Ausstattung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit mehr Personal für schnellere Prüfungen beim Bleiberecht. Dringend erforderlich sind auch mehr Verwaltungsrichterstellen für die schnelle Prüfung und Entscheidung. Darüber hinaus haben sich Bund und Länder verpflichtet, zeitnah die Prüfung von Ländern wie Albanien, Montenegro und dem Kosovo als sichere Herkunftsländer zu prüfen und zu entscheiden.

Dass die CSU-Staatsregierung insbesondere in der verbalen Zuspitzung und mit falschem Zungenschlag leider gerade einen Kurswechsel in der Asylpolitik vollzieht, zeigen die Ergebnisse der Klausurtagung in St. Quirin. Dabei unterliegt die CSU dem Versuch, Flüchtlinge und Asylbewerber in gute und in schlechte zu unterteilen. Aussagen, die leider dem rechten Rand geschuldet sind. Und wenn schon Pegida und Reps sich in ihren Aussagen auf die CSU berufen, dann läuft etwas schief in unserem Lande. Ein solcher Tonfall ist Diskriminierung und macht Stimmung gegen Flüchtlinge. Diese Rhetorik und Vorgehensweisen, die Sonderlager für Flüchtlinge etablieren würden, halte ich für extrem gefährlich, sie haben mit einer menschenwürdigen Asylpolitik nichts zu tun.

Die Fraktion der Landtags-SPD hat deshalb mit einer entsprechenden Begründung einen Dringlichkeitsantrag gestellt, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, unverzüglich von Maßnahmen und Forderungen in der Flüchtlings- und Asylpolitik Abstand zu nehmen, die im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Prinzipien, demokratischen Entscheidungsprozessen und politischen Vereinbarungen von Bund und Ländern stehen.

Denn die Staatsregierung konterkariert mit ihrem Kabinettsbeschluss vom 20. Juli etliche der Fortschritte, die die Bundesregierung – mit Zustimmung der CSU – in den vergangenen Monaten durchsetzen konnte. Schlimmer noch: Sie bewirkt ein gesellschaftliches Klima des Misstrauens und des Gegeneinanders, nicht nur zwischen Aufnahmegesellschaft und Flüchtlingen, sondern auch zwischen den unterschiedlichen Flüchtlings- und Asylbewerbergruppen, was nicht zuletzt auch ein Schlag ins Gesicht all jener ist, die sich nach wie vor freiwillig und mit großem Einsatz in der Asyl- und Flüchtlingsarbeit engagieren.

Wir dürfen gespannt sein, wie die Diskussion im Landtag zu unserem Antrag verläuft und was dieser beschließt.

Gastbeitrag von Bernd Rützel, MdB, zum Thema Mindestlohn



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn. Sechs Monate nach seiner Einführung kann man bilanzieren: Der Mindestlohn ist ein Erfolgsmodell! Die Einführung ist eine der größten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen in der Geschichte der Bundesrepublik.

Alleine in Bayern bringt der Mindestlohn 550.000 Menschen mehr Gehalt. Bundesweit nutzt die Einführung des Mindestlohns 3,7 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt konnten bisher nicht festgestellt werden. Der gesetzliche Mindestlohn setzt eine Grenze, die nicht mehr unterschritten werden darf. Damit leistet er gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zu einem funktionierenden Wettbewerb. Die fairen Unternehmen müssen nun nicht mehr mit Betrieben konkurrieren, deren Geschäftsmodell vor allem auf Dumpinglöhnen basiert.

Mit der Einführung des Mindestlohns verbunden war und ist ein großes Informationsbedürfnis der Unternehmen wie auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ein neues Gesetz wirft immer auch neue Fragen auf. Viele Unternehmen waren anfangs unsicher hinsichtlich ihrer Verpflichtungen im Umgang mit dem Mindestlohngesetz. Und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hatten und haben Fragen dazu, wie sie ihre Rechte geltend machen können.

Für viele bestehende Probleme konnte geklärt werden, wie sich die Umsetzung des Mindestlohns sinnvoll in der Praxis handhaben lässt. Weitere Erleichterungen für die Praxis, wie beispielsweise der Wegfall der Aufzeichnungspflicht bei der Beschäftigung enger Familienangehöriger, werden folgen. Wo es möglich ist, bin ich immer dafür, die Umsetzung für alle Beteiligten zu erleichtern. Die Zahlung des Mindestlohns selbst ist aber nicht verhandelbar. Und ebenso klar ist für mich, dass der Mindestlohn Kontrollen und damit auch Aufzeichnungspflichten braucht, um seine Wirkung entfalten zu können, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unredlichen Löhnen zu schützen.

Herzliche Grüße

Bernd Rützel

Gastbeitrag von Sabine Dittmar, MdB

Gesundheitspolitische Halbzeitbilanz: Viel getan und noch mehr geplant

Die erste Halbzeit der Großen Koalition nähert sich ihrem Ende. Grund genug, eine erste gesundheitspolitische Zwischenbilanz zu ziehen. Ein wichtiger und richtiger Schritt ist gleich zu Beginn der Legislatur mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (kurz: **GKV-FQWG**) unternommen worden. Mit dem GKV-FQWG haben wir die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung neu geordnet. So wurde zum 1. Januar 2015 der allgemeine Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung auf 14,6 Prozent abgesenkt und die unsoziale Kopfpauschale in einkommensabhängige Zusatzbeiträge umgewandelt. Unsere Vorstellung von gerechter Finanzierung - Parität im Rahmen der solidarischen Bürgerversicherung - sind in der aktuellen politischen Konstellation nicht durchsetzbar, bleiben aber natürlich das Ziel sozialdemokratischer Politik. Nach monatelangen Beratungen haben wir vor wenigen Wochen das „**Versorgungsstärkungsgesetz**“ verabschiedet, das die flächendeckende und vor allem gut erreichbare medizinische Versorgung der Versicherten weiterentwickelt. Das Gesetz bringt für die Patientinnen und Patienten eine Reihe von spürbaren Verbesserungen und ist aus meiner Sicht ein großer Erfolg. Die Menschen beklagen immer wieder lange Wartezeiten für Termine beim Facharzt. Mit dem Gesetz werden wir sogenannte Terminservicestellen einrichten, die den Versicherten bei der Terminsuche unterstützen und so die Wartezeiten für Termine beim Facharzt insgesamt verkürzen sollen. Für die zweite Halbzeit haben wir uns ebenfalls einiges vorgenommen. Direkt nach der Sommerpause steht mit dem **Krankenhausstrukturgesetz** das nächste Reformprojekt auf der gesundheitspolitischen Tagesordnung. Viele Krankenhäuser stehen unter enormen wirtschaftlichen Druck. Auch wenn die parlamentarische Debatte gerade erst begonnen hat, so ist für mich schon jetzt klar, dass die Krankenhausfinanzierung auf eine neue Grundlage gestellt werden muss. Wichtig ist mir außerdem, dass wir die Mittel für die „Pflege am Bett“ ausbauen. Mit der aktuellen Pflegesituation in Krankenhäusern können wir nicht zufrieden sein. Der demographische Wandel stellt uns auch im Bereich der Pflege vor neue Herausforderungen. Mit dem ersten **Pflegestärkungsgesetz**, das am 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist, haben wir bereits einen ersten Schritt unternommen und Leistungsverbesserungen beschlossen. In einem zweiten Schritt werden wir in der zweiten Jahreshälfte die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs debattieren. Statt drei Pflegestufen soll es in Zukunft fünf Pflegegrade geben. Auch wenn wir noch nicht am Ende sind, so haben wir als SPD in der ersten Hälfte der Legislaturperiode bereits eine Reihe von wichtigen Initiativen für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung durchsetzen können.



Sabine Dittmar, MdB und stellv. Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Aufgemerkt: Infos, Termine, Veranstaltungshinweise

Freitag, 07.08. 2015, 14.30 – 16.30 Uhr: Bahnstabsbegehungen mit MdB Martin Burkert in Kitzingen, Ochsenfurt und Giebelstadt

Montag, 24.08.2015, ab 14 Uhr, Zwiebelkirchweih, Semmelstraße

Freitag, 02.10.2015, Sozialempfang mit MdL Inge Aures, Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, in der alten Synagoge in Kitzingen

Montag, 05.10. und Dienstag, 6.10.2015, Unterfrankenbereisung des Vorstands der SPD-Landtagsfraktion mit einer Station u. a. in Würzburg, am 5.10. abends Empfang in Würzburg


Freitag, 09.10.2015, 19 Uhr, Sozialempfang der unterfränkischen MdLs mit Regionalbischöfin Gisela Bornowski, Bürgerbräugelände in Würzburg

Montag, 12.10.2015, 12 – 18 Uhr, Bürgermeistergespräche mit MdL Paul Wengert, Innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Donnerstag, 22.10.2015, 19 Uhr, Kulturgespräch der unterfränkischen MdLs im CCW in Würzburg

Freitag, 23.10.2015, abends, Wirtschaftsempfang mit MdL Annette Karl, Wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Rathaushalle Kitzingen

Das Team der Semmelstraße wünscht allen Lesern erholsame Ferien!

<p>Volkmar Halbleib auf facebook</p> <p>Aktuelle Pressemitteilungen, Bilder und Informationen gibt es nicht nur auf meiner Homepage, sondern auch im sozialen Netzwerk unter „Volkmar Halbleib“</p>	
<p>Mein Bürgerbüro: Semmelstr. 46R, 97070 Würzburg</p> <p>Tel.: 0931/59384, Fax: 0931/53030</p> <p>Mail: buengerbuero-halbleib@t-online.de</p> <p>Bürozeiten: Montag bis Freitag, 10-16 Uhr</p> <p>www.volkmar-halbleib.de</p>	<p>Mein Team:</p> <p>Martin Bielawski, Organisation</p> <p>Eberhard Götz, Wiss. Mitarbeit</p> <p>Sebastian Klein, Sekretariatsarbeiten</p> <p>Darius Schottdorf, Öffentlichkeitsarbeit</p>

Impressum:

Herausgeber: MdL Volkmar Halbleib, Bürgerbüro, Semmelstr. 46R, 97070 Würzburg

Redaktion: Eberhard Götz